

WA4 Demokratie braucht eine aktive und politische Zivilgesellschaft

Antragsteller*in: Sven-Christian Kindler (Hannover RV)
Tagesordnungspunkt: 7. Weitere Anträge

Demokratie braucht eine aktive und politische Zivilgesellschaft

1 Eine lebendige Zivilgesellschaft ist zentraler Bestandteil einer pluralistischen
2 Demokratie. Sie organisiert demokratische Beteiligungsprozesse, ist
3 unverzichtbarer Teil der Willens- und Meinungsbildung, vertritt Interessen von
4 Menschen und Gruppen, die sonst kaum gehört werden und wirkt gegen egoistische
5 Lobbyinteressen. Unsere Demokratie braucht eine kritische und eine politische
6 Zivilgesellschaft, die protestiert und sich einmischt.

7 Niedersachsen lebt von seiner aktiven Zivilgesellschaft, dem zivilen Ungehorsam
8 und kreativen Protest. Vor 40 Jahren kamen beim Gorleben-Treck hunderte Trecker
9 und 100.000 Menschen nach Hannover, um gegen die tödlichen Gefahren der
10 Atomenergie zu demonstrieren. Heute streiken und demonstrieren weltweit
11 hunderttausende Schüler*innen während der Schulzeit für den Klimaschutz und die
12 Zukunft ihrer Generation.

13 Viele Menschen und Organisationen mischen sich politisch in Niedersachsen ein.
14 Seien es die Bürger*innen-Initiativen gegen Fracking und gegen
15 Massentierhaltung, Geflüchteten-Initiativen, die sich für Seenotrettung und
16 sichere Häfen einsetzen, Aktivist*innen, die für ein freies Internet, gegen
17 Uploadfilter, und eine gerechte Vergütung von Urheber*innen streiten,
18 Organisationen für Abrüstung oder soziale Bewegungen für das Recht auf Stadt und
19 günstige Mieten: Sie alle bringen wichtige Themen auf die Agenda und verdienen
20 unsere Unterstützung.

21 Doch die Zivilgesellschaft steht unter Druck, überall auf der Welt. Global
22 nehmen die sogenannten „shrinking spaces“ zu. Teilweise reden
23 zivilgesellschaftliche Organisationen sogar von „closing spaces“. Beide Begriffe
24 beschreiben die Tendenz, dass in mehr und mehr Staaten auf der Erde die
25 zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräume immer stärker eingeschränkt werden.
26 Das betrifft weitgehende Beschränkungen bei der Finanzierung, Einschränkungen
27 des Versammlungsrechts und der Meinungsfreiheit, die Kriminalisierung
28 zivilgesellschaftlichen Engagements oder gar das Verbot von Organisationen. Das
29 ist nicht nur ein Problem in Staaten mit autoritären Regimen wie in Russland
30 oder in Ägypten. Auch in Demokratien wie in den USA, Österreich, Polen, Ungarn
31 und Brasilien attackieren die autoritären, nationalistischen Regierungen die
32 Zivilgesellschaft. Und ebenfalls in der Europäischen Union nehmen die „shrinking
33 spaces“ zu. In Polen wurden das Verfassungsgericht und kritische Medien
34 europarechtswidrig mundtot gemacht. In Österreich greift die Regierungspartei
35 FPÖ den öffentlichen Rundfunk an und droht mit Zerschlagung. In Ungarn führt
36 Viktor Orbán, mit seiner Partei Fidesz immer noch Mitglied der Europäischen
37 Volkspartei und somit Schwesterpartei von CDU und CSU, seit Jahren
38 antisemitische und rassistische Kampagnen gegen Universitäten, Europäische Union
39 und Zivilgesellschaft. Erst kürzlich wurde ein Anti-NGO-Gesetz und ein Gesetz

40 gegen die Presse- und Medienvielfalt beschlossen. Europaweit greifen
41 rechtsradikale Bewegungen, aber auch konservative Parteien die Zivilgesellschaft
42 an. Besonders unter Druck stehen Initiativen für Seenotrettung und Geflüchtete,
43 z.B. in Italien. In Italien wird die Rettung von Ertrinkenden kriminalisiert,
44 viele Schiffe wurden beschlagnahmt und viele Retter stehen vor Gericht.
45 Menschen, die auf dem Mittelmeer Leben retten, sind die Held*innen unserer Zeit.
46 Sie verdienen unseren großen Dank statt Kriminalisierung. Denn es ist eigentlich
47 die Aufgabe der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten, das
48 internationale Recht der Seenotrettung einzuhalten und nicht Menschen im
49 Mittelmeer elendig ertrinken zu lassen. In Europa werden gerade Menschen
50 kriminalisiert, die Menschen vor dem Tod retten. Den Seenotretter*innen drohen
51 lange Haftstrafen, ihre Schiffe dürfen nicht anlegen oder sie müssen lange
52 Wartezeiten in Kauf nehmen. Das ist eine Schande für die Menschenrechte in
53 Europa.

54 Auch in Deutschland stehen zivilgesellschaftliche Organisationen insbesondere
55 Umwelt-, Tierschutz- und Menschenrechtsorganisationen unter Druck. Die
56 anerkannte Umweltorganisation Deutsche Umwelthilfe wird von den
57 Regierungsparteien CDU und CSU massiv angegriffen und mit Dreck beworfen, weil
58 sie nicht anderes tut, als vor Gericht geltendes Recht zum Schutz der Gesundheit
59 der Bürger*innen durchzusetzen. Auch die Bundeskanzlerin hat die Umwelthilfe im
60 Bundestag attackiert. Die Deutsche Umwelthilfe hat für ihre Arbeit und
61 Durchsetzung geltender Gesetze großen Dank verdient und keine Einschüchterung
62 durch die Union. Die Deutsche Umwelthilfe ist als Umwelt- und
63 Verbraucherschutzorganisation gemeinnützig und das wird regelmäßig durch das
64 zuständige Finanzamt bestätigt. Es ist daher inakzeptabel, dass ein Verein, der
65 gegen Rechtsbrüche vorgeht, von der Kanzlerin und der CDU attackiert wird und
66 nicht die kriminelle Autoindustrie, die hemmungslos gelogen und betrogen hat.
67 Hier soll der Aufklärer an den Pranger gestellt werden, während die Täter
68 einfach so weiter machen. Das ist eine verkehrte Welt. Angela Merkel sollte
69 aufhören mit den Autokonzernen zu klüngeln und endlich dafür sorgen, dass
70 geltendes EU-Recht zum Schutz der Umwelt und Gesundheit eingehalten wird.

71 Auch in Niedersachsen fordern die CDU und das Agrarministerium
72 Tierschutzorganisationen, die etwa illegale Tierquälereien in Schlachthöfen und
73 Ställen aufdecken, die Gemeinnützigkeit zu entziehen. Dabei wären ohne das
74 Engagement von engagierten Tierschützer*innen viele Skandale der
75 Fleischindustrie unentdeckt geblieben.

76 Auch Gewerkschaften und kritische Journalist*innen, die etwa großen Steuerbetrug
77 wie bei Cum-Ex oder Ausbeutung von Werksvertragsarbeitern aufdecken, geraten
78 unter rechtlichen Druck.

79 Jetzt schon ermittelt etwa die Hamburger Staatsanwaltschaft aufgrund von
80 Anzeigen aus der Schweiz gegen den Chefredakteur des Recherchenetzwerks
81 „Correctiv“ wegen Recherchen zum Steuerbetrug mit Cum-Ex-Geschäften. Gegen den
82 Journalisten wird wegen Anstiftung zum Verrat von Geschäftsgeheimnissen nach §
83 17 des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb ermittelt. Durch den aufgedeckten
84 Cum-Ex-Skandal soll europaweit ein Steuerbetrug von mehr als 55 Milliarden Euro
85 entstanden sein. Nun werden die Whistleblower in der Wirtschaft und
86 Journalist*innen statt die kriminellen Banken strafrechtlich verfolgt. Umso
87 erfreulicher, dass die Grüne Europafraktion eine Richtlinie zum besseren Schutz
88 von Whistleblowern durchgesetzt hat, welche noch national umgesetzt werden muss.

89 Denn es gibt neben den strafrechtlichen Verfolgungen auch den Versuch,
90 kritischen Verbänden die finanzielle Grundlage zu entziehen.

91 Nachdem der Bundesfinanzhof vor kurzem Attac die Gemeinnützigkeit aberkannt hat,
92 sind viele zivilgesellschaftliche Organisationen verunsichert. Insbesondere
93 tagespolitische Äußerungen hatte der Bundesfinanzhof kritisiert. Campact stellt
94 als Reaktion deswegen keine Spendenquittungen mehr aus. Viele Organisationen
95 fragen sich gerade, inwiefern sie sich noch zu politischen Fragen jenseits ihres
96 Gemeinnützigkeitszweckes äußern und betätigen dürfen. Dürfen Sportvereine sich
97 weiterhin klar gegen Rechtsextremismus positionieren? Dürfen Umweltvereine zu
98 einer lokalen Demo für Seenotrettung aufrufen? Diese Fragen beschäftigen und
99 verunsichern zur Zeit sehr viele Menschen in der Zivilgesellschaft. Absurd.
100 Zivilgesellschaft ist politisch und soll sich politisch einmischen. Gleichzeitig
101 ist die Lobby der Reichen, die Stiftung Familienunternehmen und die Initiative
102 Neue Soziale Marktwirtschaft oder die Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik
103 weiterhin gemeinnützig. Das ist inakzeptabel.

104 Weitere Organisationen stehen im Fadenkreuz. Flüchtlingsräte, aber auch
105 Anwält*innen und Journalist*innen, machen sich nach dem Willen von Horst
106 Seehofer in Zukunft strafbar, wenn sie über bevorstehende Abschiebungen
107 informieren. Wenn die Tätigkeit von Berater*innen und Rechtsanwält*innen
108 kriminalisiert wird, ist Rechtsschutz unmöglich. Dabei sind diese gerade auch
109 mit Blick auf den einhergehenden Abbau der Rechtsschutzmöglichkeiten für
110 Asylsuchende wichtige Anlaufstellen, um die Rechte der Betroffenen zu
111 gewährleisten. Doch damit nicht genug: Mit dem geplanten Geordnete-Rückkehr-
112 Gesetz – wir nennen es „Menschen-ohne-Rechte-Gesetz“ - soll ermöglicht werden,
113 Menschen vor der Abschiebung noch leichter und noch länger inhaftieren zu
114 können. So sollen unter anderem Wohnungsdurchsuchungen – auch ohne richterliche
115 Anordnung – erlaubt sein, das Trennungsgebot von Strafhaft und Abschiebungshaft
116 ausgesetzt und die Haftvoraussetzungen gesenkt werden. Effektiver Rechtsschutz
117 wird maximal beschnitten und ist nicht mehr gewährleistet. Diese
118 Kriminalisierung der Zivilgesellschaft erinnert an die Praxis der Orbáns oder
119 Salvinis, der neuen Rechten, in Europa.

120 Gleichzeitig hat ein AfD-naher Staatsanwalt in Thüringen aus rechter Gesinnung
121 ein Ermittlungsverfahren gegen die Aktionskunstgruppe Zentrum für Politische
122 Schönheit wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung
123 eingeleitet, da sich die Gruppe mit einer Aktion gegen den völkischen AfD-
124 Politiker Bernd Höcke gewandt hat. Das Verfahren ist inzwischen zum Glück
125 eingestellt worden. Eltern in Bayern wird mit Bußgeld gedroht, weil ihre Kinder
126 ihr Grundrecht auf Versammlungsfreiheit wahrnehmen und freitags nicht zur
127 Schule, sondern für den Schutz unserer Lebensgrundlagen auf die Straße gehen.
128 Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus werden
129 politisch von der rechtsradikalen AfD attackiert. Daher ist es ein verheerendes
130 Signal, dass die niedersächsische Landesregierung die Gelder für
131 Präventionsarbeit für Demokratie und gegen Rechtsextremismus kürzt.

132 In Bayern gilt ein neues Polizeigesetz, dass das Versammlungsrecht deutlich
133 einschränkt. In der letzten Wahlperiode wurde auf Bundesebene - unter dem
134 Deckmantel Einsatzkräfte zu schützen - eine Strafrechtsverschärfung mit dem §114
135 StGB beschlossen, die vor allem bei Aktionen zivilen Ungehorsams die Gefahr
136 birgt, demokratisches Engagement zu kriminalisieren und das Versammlungsrecht
137 einzuschränken. Weitere Polizeigesetze nach bayrischem Vorbild sind auf dem Weg.
138 So auch in Niedersachsen.

139 Das neue geplante Polizeigesetz in Niedersachsen wirkt vor allem bei
140 Demonstrationen direkt auf die Zivilgesellschaft. In der rot-grünen
141 Landesregierung haben wir den Straftatbestand der Vermummung auf eine
142 Ordnungswidrigkeit herabgesetzt und die Bannmeile vor dem Landtag abgeschafft.
143 Die Große Koalition will auf Druck der CDU Vermummung nun wieder als Straftat
144 einstufen und setzt damit auf unnötige Eskalation. Zahlreiche weitere
145 Einschränkungen von Bürger- und Freiheitsrechten sind mit dem neuen
146 Polizeigesetz von Innenminister Pistorius geplant. Doch auch ohne neues
147 Polizeigesetz ist die Zivilgesellschaft in Niedersachsen unter Druck. Bestes
148 Beispiel ist die Demonstration gegen das Polizeigesetz. Wenn Anmelder*innen von
149 Demonstrationen damit rechnen müssen am Ende auf einer saftigen Rechnung für die
150 Straßenreinigung sitzen zu bleiben, finden sich bald nur noch wenige
151 Anmelder*innen. Diese Praxis ist geradezu absurd. Das Grundrecht auf
152 Demonstrationsfreiheit darf nicht vom Geldbeutel abhängig sein.

153 Für uns GRÜNE in Niedersachsen ist klar: Ohne die neuen sozialen Bewegungen und
154 die großen Proteste hätte es die GRÜNEN nie gegeben. Wir stehen weiterhin als
155 Bündnispartei an der Seite der Zivilgesellschaft und streiten gemeinsam für eine
156 gerechte, ökologische und bunte Gesellschaft. Die Demokratie lebt von den
157 Menschen, die politische Prozesse und das Alltagsgeschehen kritisch begleiten.
158 Eine aktive Zivilgesellschaft macht Druck von unten, sie widersetzt sich
159 finanzstarken Lobbys und großen Konzernen. All das, was nachweislich weder die
160 niedersächsische Landesregierung noch die Bundesregierung schaffen. Ohne
161 Zivilgesellschaft kein Atomausstieg. Ohne Zivilgesellschaft keine saubere Luft
162 in den Städten. Ohne Zivilgesellschaft keine Seenotrettung im Mittelmeer. Ohne
163 Zivilgesellschaft keine Agrarwende. Ohne Zivilgesellschaft keine Aufklärung des
164 Cum-Ex-Skandals.

165 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen fordern daher:

- 166 • Eine stärkere finanzielle und verlässliche Unterstützung von
167 zivilgesellschaftlichen Organisationen
- 168 • Rücknahme des Gesetzesentwurfs für ein neues Polizeigesetz in
169 Niedersachsen, damit das Versammlungsrecht und die Bürgerrechte nicht
170 eingeschränkt werden #npog
- 171 • Eine Änderung der Abgabenordnung auf Bundesebene, die klarstellt, dass
172 eine Teilnahme an der politischen Willensbildung unschädlich für die
173 Gemeinnützigkeit ist und weitere Zwecke mitaufnimmt, z.B. Förderung der
174 Wahrnehmung und Verwirklichung von Grundrechten, Frieden, soziale
175 Gerechtigkeit, Klimaschutz, informationelle Selbstbestimmung,
176 gleichberechtigte Teilhabe an der digitalen Gesellschaft, Menschenrechte,
177 Gleichstellung der Geschlechter, Rechte von Homo-, Bi-, Trans- und
178 Intersexuellen und Medienvielfalt
- 179 • Ein Gesetz zum umfassenden Whistleblowerschutz in Wirtschaft, Verwaltung,
180 Gesellschaft und Medien, damit nicht diejenigen im Gefängnis landen, die
181 Betrüger*innen auffliegen lassen
- 182 • Schutz und Freiheit der Recherche und Berichterstattung von
183 Journalist*innen gegenüber Staat und Wirtschaft mit offensivem
184 Quellenschutz

- 185
- 186
- 187
- 188
- 189
- 190
- 191
- 192
- 193
- Keine Kriminalisierung von Geflüchteten, Geduldeten und Helfer*innen, weder im Mittelmeer bei der Seenotrettung noch in Deutschland bei Abschiebungen. Die ständigen Verschärfungen im Asylrecht müssen ein Ende haben, denn der Schutz von Menschenrechten ist nicht verhandelbar sondern zentral für unsere Demokratie
 - Mehr Mitbestimmungsrechte für Schüler*innenvertretungen, demokratische Schulen, Absenkung des Wahlalters und ein allgemeinpolitisches Mandat für Schüler*innenvertretungen und Studierendenvertretungen, denn echte Demokratie lässt sich am besten selbst erfahren und erlernen

Unterstützer*innen

Christian Meyer (Holzminden KV); Filiz Polat (Osnabrück-Land KV); Volker Bajus (Osnabrück-Stadt KV); Maximilian Koch (Northeim/Einbeck KV); Helge Limburg (Nienburg KV); Detlev Schulz-Hendel (Lüneburg KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Valentin Büchi (Göttingen KV); Wiebke Jablonowski (Holzminden KV); Lino Klevesath (Göttingen KV); Dirk-Claas Ulrich (Göttingen KV); Susanne Stobbe (Göttingen KV); Susanne Menge (Oldenburg-Stadt KV); Doris Gerken (Verden KV); Jürgen Trittin (Göttingen KV); Katrin Langensiepen (Hannover RV); Julian Mensak (Hannover RV); Leonie Engelbert (Göttingen KV); Lennart Quiring (Verden KV)